

Wolfgang Fritz Haug

Über Erich Wulffs *Psychiatrie und Klassengesellschaft*¹
und die Kämpfe um seine Berufung

I.

Die sechs Jahre, während derer Erich Wulff von 1961 bis 1967 als Mitglied eines westdeutschen Ärzteteams am Aufbau einer medizinischen Fakultät an der Universität Hui in Südvietnam mitarbeitete, waren nicht nur seine politischen Lehrjahre.² Sie haben ihn auch als Psychiater entscheidend geprägt. Sein Bericht aus Vietnam verzeichnet zahlreiche Episoden eines Kulturzusammenstoßes, dessen wissenschaftliche Verarbeitung einen tiefgreifenden, nicht zuletzt für das Verhältnis zur eigenen Gesellschaft folgenreichen Erkenntnisprozess auslöste. Bei ihrer Lehrtätigkeit an der Universität wie bei ihrer medizinischen Praxis in der Klinik stießen Wulff und seine westdeutschen Kollegen immer wieder auf »absurd und unverständlich erscheinende Denkgewohnheiten, Verhaltensweisen und Gefühlsreaktionen der Vietnamesen«. Immer wieder kam es vor, dass bestimmte Stellungnahmen von gegenteiligen Handlungen gefolgt wurden. Bei der Befragung von Patienten oder Pflegern musste man damit rechnen, vollkommen sinnlose Antworten zu bekommen. Das Denken in Ursache-Wirkungs-Ketten und überhaupt logische Verknüpfung schien vietnamesischen Medizinstudenten, Pflegern und sogar Ärzten oft unüberwindliche Schwierigkeiten zu bereiten. Die überwiegende Reaktion von Ausländern, nicht zuletzt der Mediziner aus

¹ Zuerst erschienen als >Vorbemerkung< in: Erich Wulff, *Psychiatrie und Klassengesellschaft*, Frankfurt/M 1972, IX-XXI.

² Vgl. seinen unter dem Pseudonym Georg W. Alsheimer veröffentlichten Bericht *Vietnamesische Lehrjahre. Bericht eines Arztes aus Vietnam 1961 bis 1967*, Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M 1968; 1972 erschien eine überarbeitete, um einen Nachbericht und ein Vorwort ergänzte Taschenbuchausgabe bei Suhrkamp.

der Bundesrepublik, war die Zuflucht zu rassistischen Formeln. In Körperbau und Hirnanatomie des Asiaten sollte eine minderwertige Intelligenz angelegt sein. Der Leiter der westdeutschen Medizinergruppe, »aber nicht er allein, hatte eine nahezu allergische Sensibilität gegenüber allen gesellschaftlichen Deutungen von Denkformen und »Nationalcharakteren« entwickelt ...« Und Erich Wulff berichtet weiter: »Mich allerdings drängte gerade diese rassistische Abwehr - die zum Syndrom des Kulturzusammenstoßes gehört — noch systematischer als vorher zu vergleichend psychologischen und vergleichend psychiatrischen Studien auf dem Boden der tatsächlichen wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse, und ich begann, Material für eine kleine Abhandlung darüber zu sammeln, ohne dass ich die wirklichen Ursachen der Verschiedenheiten schon klar vor Augen gehabt hätte. Aber ein Prozess, der auf Bewusstwerdung von sprachlichen und gesellschaftlichen Kulturvoraussetzungen hinzielte, war bei mir in Gang gekommen: Ich weigerte mich, vor Fremdheit, Absurdität und vorläufigem Unverständnis zu kapitulieren.« Unmittelbares Ergebnis dieser Studien ist der »Psychiatrische Bericht aus Vietnam«, eine meisterhafte, auch stilistisch großartige Schrift, die voll von weiterführenden Erfahrungen, und Einsichten steckt. In der für die Zeitschrift *Das Argument* verfassten Abhandlung über »Grundfragen der transkulturellen Psychiatrie« werden einige Jahre später, nach der Rückkehr in die Bundesrepublik, die Ergebnisse des »Berichts« verallgemeinert, vertieft und systematisiert. Es gibt kein wissenschaftliches Lernen, das demjenigen vergleichbar wäre, das unmittelbar praktisch notwendig ist. Um an die vietnamesischen Medizinstudenten und Patienten heranzukommen, musste der Arzt und Hochschullehrer sich vom bisher Erlernten und Gewohnten fortbewegen. Er eignete sich die vietnamesische Sprache an und verschaffte sich Aufschluss über die gesellschaftlichen Verhältnisse, aus denen die Struktur der Sprache begreifbar wurde. - Aber nicht nur Sprache und

Kommunikationsstruktur bedingten eine zunächst unüberbrückbare Kluft zwischen dem Arzt und seinen Patienten. Der ethnozentrische Charakter der herkömmlichen Psychiatrie, die mit dem zunächst unreflektierten, dann immer krampfhafter aufrechterhaltenen Anspruch auf naturwissenschaftliche Allgemeingültigkeit auftrat, wurde beim Versuch, sie in einer andersgearteten Gesellschaftsformation zu praktizieren, unübersehbar. Es gab Krankheitsbilder, die sich mit den Begriffen der europäischen Psychiatrie nicht ohne weiteres fassen ließen.

Der «Psychiatrische Bericht aus Vietnam» bezeugt einen Lernschub, zu dem außergewöhnliches wissenschaftliches Beobachtungsvermögen ebenso beigetragen hat wie die außergewöhnliche historische Situation, in der Wulff als medizinischer »Entwicklungshelfer« tätig war. Es war dies eine Situation über Jahre hindurch immer weiter sich zuspitzender revolutionärer Massenkämpfe, bedingt durch das koloniale Erbe im Innern der Gesellschaft und zunehmend überlagert durch den Versuch der USA, die vietnamesische Revolution zu überwältigen. Der vielschichtige Prozess von Revolution und Konterrevolution ist zugleich ein ungeheurer Lernprozess, der die Dinge enthüllt, indem er sie verändert, der *jede* Position auf die Probe stellt, das Unentschiedene zur Entscheidung bringt, das Latente manifest werden lässt. Als Erich Wulff sich dann Zug um Zug die Erkenntnismittel des historischen Materialismus aneignete, waren es die unmittelbaren Probleme der medizinischen Praxis gewesen, von denen der Anstoß ausgegangen war. Marxismus war für Erich Wulff nicht zunächst Bücherweisheit. Was ihn belehrte und ihm die Notwendigkeit einer Analyse der sozioökonomischen Grundlagen und ihrer Superstruktur einschärfte, waren »die Verhältnisse« selbst, ihre »Sprache«. So stieß er über den einzelnen konkreten Fall und von der Anwendung her zur allgemeinen Theorie des Historischen Materialismus vor.

Die in *Psychiatrie und Klassengesellschaft* gesammelten Aufsätze und Vorträge zeigen, wie eine derart engagierte Ethnopsychiatrie nach der Rückkehr in die eigene Gesellschaft den Zugang zu deren Analyse öffnet. Die eingreifende Erforschung der fremden Gesellschaft bewirkte eine Verfremdung der eigenen Gesellschaft, die noch deren scheinbar natürlichste Seiten als von der Gesellschaftsform bedingt erkennbar machte. Die Verbindung von Distanz und Engagement erweist sich als außerordentlich produktiv. Die vergleichende Psychiatrie geht kraft ihres Engagements in die Sozialpsychiatrie der eigenen Gesellschaft über. Beleuchtet die Ethnopsychiatrie von außen ihre Gegenstände in der Gesellschaft, so die Sozialpsychiatrie gleichsam »von unten«, das heißt von der sozioökonomischen Basis her.

II.

Im Oktober 1970 setzte die Landesgruppe Hessen im Verband der Leitenden Krankenhausärzte eine Anzeige in die Frankfurter Tageszeitungen, worin es hieß: »Wer öffentlich behauptet, dass in unseren Krankenhäusern unterschiedlich nach der Brieftasche behandelt wird. der sagt die Unwahrheit!«³ Jeder, der überhaupt etwas von den Verhältnissen im Gesundheitswesen weiß, weiß auch, dass diese *Public-relations*-Behauptung der leitenden Krankenhausärzte schlechthin die interessierte Unwahrheit sagte. Nichts führt den Zusammenhang von Standesinteresse und Erkenntnisbehinderung schlagender vor Augen als die Geschichte des Arztes Hans Mausbach, der es wagte, in einem Fernsehinterview einige der Zusammenhänge von Brieftasche und Medizin auszusprechen. Der Fall führte vor, wie eine privilegierte Interessengruppe angesichts einer Gefährdung ihrer Privilegien, welche von der bloßen öffentlichen Erörterung ihrer Interessen ausgeht, zunächst erfolgreich,

³ Zit.n. Hans Mausbach, »Eine gescheiterte Disziplinierung«, in: *Das Argument* 69, 13. Jg., 1971, H. 11/12, 988.

dadurch zurückschlagen kann, dass sie die berufliche Existenz eines am Hippokratischen Eid mehr als an Geld und Karriere interessierten Mediziners ruiniert.

Diejenige von Mausbachs Thesen, die die ärztlichen Standesorganisationen am stärksten aufgebracht hatte, dass nämlich »kommerzielle Interessen« auch in ärztliche Entscheidungen einfließen, »ohne dass die Betroffenen etwas davon ahnen«, machte Erich Wulf unter dem Thema »Der Arzt und das Geld« zum Gegenstand einer Analyse. »Das Thema«, so hebt der außerordentlich fesselnde Aufsatz an, »das hier behandelt werden soll, verstößt gegen ein Tabu, das von den ärztlichen Standesorganisationen in der BRD sorgsam gegen jede Verletzung gehütet wird. Von Geld zu reden galt als unfein, besonders unter denjenigen Ärzten, deren Jahreseinkommen sechs- bis siebenstellige Ziffern erreichen.« Der Aufsatz analysiert das System »ökonomischer Hebel«, nicht zuletzt auch die über die Krankenkassen wirkenden Hebel, die vermittels des Eigennutzes des Arztes dessen Verhalten zu den Patienten in allen Momenten bedingen. Er zeigt, wie es gerade die Rationalität des beständigen Kalkulierens, wie es also der kommerzielle Charakter der Medizin ist, aus der notwendig auf der anderen Seite eine irrationale, um blindes Vertrauen heischende Autorität des Arztes hervorgeht. »Die Mystifizierung der Arzt-Patient-Beziehung scheint mir also kein Zufall zu sein, sondern eine Notwendigkeit, die sich aus der Situation ergibt, ökonomischen Motiven folgen zu müssen und diese doch zu verleugnen.« - »Der Arzt und das Geld« und die anderen Beiträge zum Gesundheitswesen sind z.T., wie R. A. Rauter kürzlich in *konkret* schrieb. »spannender als ein Krimi«, weil sie den ökonomischen Zusammenhang beleuchten, innerhalb dessen »man« je nach Klassenlage krank oder gesund wird, innerhalb dessen bestimmte materielle Hebel bedingen, wie »man«, je nach Klassenlage, behandelt und versorgt wird.

Nicht nur vom unmittelbar Ökonomischen her tragen Erich Wulffs Analysen zur Erhellung der Arztpraxis und des Patientenschicksals bei, sondern es gelingt ihm, zunehmend kohärent und systematisch den Konstitutionsprozess psychiatrischer Theorie aufzuklären im Zusammenhang mit demjenigen ihres Gegenstandes und der psychiatrischen Institutionen. Die klassenpolitische Relevanz psychiatrischer Kategorien wird aufgedeckt, wobei überraschend sichtbar wird, wie weitgehend die vermeintlich naturwissenschaftlich neutralen Kategorien auf solche Relevanz hin zugeschnitten und von ihr her bestimmt sind. Die Beiträge, die grundlegend den Krankheitsbegriff und den Begriffsapparat der Psychiatrie untersuchen, werfen ein Licht auf das System verdeckter, vielfach vermittelter gesellschaftlicher Herrschaft, dem die Mitglieder der spätbürgerlichen Gesellschaft ausgesetzt sind. Immer wieder wird dabei die wichtige Rolle des ethnopsychiatrischen Vergleiches deutlich. Er vermittelt eine Art von distanzierender Relativierung der eigenen Gesellschaft, die deren historischen und Klassencharakter verdeutlicht. Dabei ist die Ideologiekritik der Psychiatrie dieser Erkenntnis und ihrer Artikulierbarkeit vorgeordnet. Die »Entmythologisierung der Psyche«, die zugleich eine der Sache und der Begriffe zur Auffassung dieser Sache ist, macht wichtige Momente der Klassenverhältnisse z.T. erst erkennbar und diese Erkenntnis artikulierbar. So geben diese Analysen weit über das Fachgebiet Psychiatrie hinaus wichtige Anregungen für Erkenntnistheorie und alle anderen Forschungsinteressen, denen es darum geht - etwa am Beispiel von Sprache oder von Logik - das Instrumentarium des geordneten Erkennens zum Gegenstand wissenschaftlicher Erkenntnis zu machen. Was vorher wie Natur war, selbstverständlich, vielleicht sogar der Aufmerksamkeit entrückt, von vorneherein jeglicher Veränderbarkeit enthoben, kann vermittlels seiner soziogenetischen Ableitung angeeignet, humanisiert werden. Die Vermenschlichung der Vernunft mag dazu beitragen, die Menschen

vernünftiger werden zu lassen.

An anderen Beispielen überrascht gerade die vordergründige, plumpe Weise, in der der Krankheitsbegriff von seiner sozialpolitischen Relevanz abhängig ist. Nichts engt offenbar, wo es um Kassenpatienten geht, den Krankheitsbegriff mehr ein als der durchgesetzte, gesetzlich verbürgte Versorgungsanspruch des Kranken. Wo dagegen, wie in den USA, ein allgemeines Krankenversicherungssystem, eine Versicherungspflicht und also auch ein allgemeiner Versorgungsanspruch nicht bestehen, hat sich die einschlägige Forschung viel »freier« erwiesen. Weil es folgenlos war, die Standesgruppe und die »Gesellschaft« nichts kostete, konnte unbefangener geforscht, gedacht, definiert und praktiziert werden: »Man wird sich die Frage stellen müssen, ob es nicht gerade das Fehlen der gesetzlichen Krankenversicherungen in den USA war, das dort den Fortgang der wissenschaftlichen Arbeit bezüglich sozialer Ursachen psychischer Leiden ermöglicht und eine restriktive Fassung des Krankheitsbegriffs verhindert hat. Vielleicht hat die ökonomische Notwendigkeit (für die Kranken aus der arbeitenden Klasse), auf alle Fälle weiterarbeiten zu müssen, ganz gleich, wie die Krankheit nun definiert wurde, den Luxus einer mehr sozial und psychodynamisch eingestellten Psychiatrie ermöglicht -, weil sie sozialrechtlich konsequenzlos bleiben musste.« Solche z.T. erst hypothetischen und punktuellen Einsichten künden, wenn sie sich nicht mehr unterdrücken lassen, eine wissenschaftliche Revolution an, die zugleich die gesellschaftliche Stellung der Wissenschaft - hier der Psychiatrie - verändern muss. Eine Umorientierung der Psychiatrie, wie sie von vorerst noch kleinen Gruppen von Psychiatern angestrengt wird, wird allgemeingesellschaftliche Konsequenzen haben. Denn ihr Krankheitsbegriff gehört zum Konformitätsdruck wie die Gitter zum Gefängnis. Dabei geht es nicht nur um die Extreme, in denen sie etwa »Hilfe bei polizeiwissenschaftlichen Ermittlungen gegen

Soziopathen« leistet, wie zum Beispiel bestimmte Methoden der »Soziopathieforschung« von den USA in Vietnam angewandt wurden zur Ermittlung potenzieller (!) künftiger Vietkong-Sympathisanten, wobei den so Ermittelten zu Zehntausenden die Liquidation drohte. Auch im Bereich bürgerlicher Normalität führt die Frage nach dem Verhältnis von Psychopathie und Soziopathie in den Zusammenhang der Stabilisierung der Klassengesellschaft. Nach der Übersetzung der Psychopathie in Soziopathie wird letztere sichtbar als andere Seite der Medaille der »Normopathie«. Die Frage nach den Grundbedingungen der Soziopathie wird zur Frage, »zu welchen eigenen Zwängen, Deformationen und Ängsten eine typische Mittel- und Oberklassensozialisation führt«. Die Form des Bürgerlich-»Normalen« erscheint jetzt gleichsam als Leidensform: »Ob dazu nicht die Verschleierung von Widersprüchen, die Glättung von Konflikten durch verbale Erledigungsriten, die zwangshafte Überidentifikation mit dem Vater und vieles andere gehört, was zu einer eigenen psychischen Leidensform, der Normopathie, der sadomasochistisch-identifikatorischen Unterwerfung unter die jeweils angebotenen Konventionen, Normen und Werte führt? Spießermief, Hobbykult, die eingezäunten kleinen Freiheiten und die begrenzten Ausbrüche, die Grüne-Witwen-Zivilisation und die Cocktail-Kommunikation, der milde Alkoholismus und der milde Beruhigungsmittelmissbrauch, die kanalisierte Kontaktmoral und der ihr entsprechende soziale Autismus außerhalb von vorprogrammierten Situationen, das sind doch wohl kaum Zeichen psychischer Gesundheit?« Und doch ist es, wie Erich Wulff nachweist, genau dieses Klassenideal, das zumal von der amerikanischen Psychiatrie weithin als Normbild für Gesundheit schlechthin unterstellt wird.

III.

Niemandem fiel die Verkehrung der dabei gebrauchten Begriffe in ihr

Gegenteil auf: dass diejenigen, die an einem Dogma zweifelten, als Dogmatiker und Ideologen abgestempelt wurden, diejenigen, die eine empirische Überprüfung vornehmen wollten, als dilettantische Stümper.

Erich Wulff, Einleitung zu *Psychiatrie und Klassengesellschaft*

Erich Wulff hat aus seinen wissenschaftlichen Erkenntnissen auch praktisch-politische Konsequenzen gezogen. Er schneidet sein Engagement des Arztes einerseits, des analytischen Wissenschaftlers andererseits nicht dort ab, wo der Gegenstand hinüberraagt in den politischen Bereich. Unmittelbar nach seiner Rückkehr aus Vietnam sagt er vor dem Internationalen Tribunal zur Untersuchung von US-Kriegsverbrechen in Vietnam - dem sogenannten »Russel-Tribunal« - als sachverständiger Zeuge aus. 1971 wird er ständiges Mitglied der von Gunnar Myrdal geleiteten Internationalen Kommission zur Untersuchung von US-Kriegsverbrechen in Indochina. Er beteiligt sich aktiv am Bundestagswahlkampf von 1969 und an der gewerkschaftlichen Arbeit im Universitätsklinikum Gießen. Bei der Dekanatswahl im dortigen Fachbereich Humanmedizin, dessen Mitglieder zur Hälfte Professoren sind, kandidiert er und unterliegt erst im 6. Wahlgang knapp gegen den Präsidenten der »Deutschen Forschungsgemeinschaft«, Prof. Dr. Staudinger. Bei der Neuaktivierung des »Bundes Demokratischer Wissenschaftler«, 1972, wird er mit den meisten Stimmen in den erweiterten Vorstand gewählt. — Dabei bringt Erich Wulff in sein politisches Engagement das thematische Interesse des Mediziners und Psychiaters mit ein. Vielleicht rührt es daher, dass das politische Engagement die Tätigkeit des Arztes und Wissenschaftlers nicht nur nicht behinderte, sondern geradezu zu befruchten schien. Zwischen ungezählten Vorträgen über Vietnam hält Erich Wulff vielbeachtete Fachvorträge auf internationalen und nationalen Psychiater-Kongressen. Er gehört zu den Initiatoren des »Mannheimer Kreises«, in dessen Tagungen, die zuletzt nahezu 1000 Teilnehmer hatten, die Psychiatrie der BRD kritisch

analysiert wird, und ist Mitbegründer und Vorstandsmitglied der »Deutschen Gesellschaft für soziale Psychiatrie in der BRD«, die sich wissenschaftlich, publizistisch und politisch für entscheidende Verbesserungen der psychiatrischen Krankenversorgung einsetzt. Studienreisen mit dem Ziele, psychiatrische und medizinische Versorgungssysteme in verschiedenen Ländern kennenzulernen, führen ihn nach Frankreich, in die Demokratische Republik Vietnam und in die DDR. Auch seine wissenschaftliche Laufbahn scheint er zunächst unbehindert weiterverfolgen zu können. Die Universität Paris VIII (Vincennes) wählt ihn 1968 zum »professeur associé« in der Sektion »Soziologie der Geisteskrankheiten«, die Universität Gießen habilitiert ihn 1969 für das Fach Psychiatrie, 1971 wird er auch dort zum Professor ernannt.

Jemand, der wie Erich Wulff in der Politik niemals den Wissenschaftler verleugnet, wie er andererseits als Wissenschaftler die politische Dimension seines Gegenstandes nicht unterdrückt, musste aber gerade in Theorie und Praxis der Psychiatrie eines Tages damit rechnen, dass man ihm Schwierigkeiten machen würde. — Als der Name Erich Wulff im Januar 1972 an erster Stelle einer der vier Berufungslisten für das neugegründete Zentralinstitut für Soziale Medizin an der Freien Universität stand, geriet er unmittelbar ins Visier einer »organisierten Kampagne von rechts«,⁴ wobei »rechts«, außer einem Klüngel bedrohter Sonderinteressen mit CDU, »Notgemeinschaft« etc., vor allem in West-Berlin so gut wie die ganze Presse— einmal abgesehen von den anderen Massenmedien - bedeutet, die in solchen Fällen wie von einem einzigen Monopol gelenkt agiert. In der bekannten Weise, die ich an anderer Stelle analysiert habe⁵, wurden wieder

⁴ Die Formulierung entstammt einer Erklärung, die am 24. Januar 1972 einstimmig von der Versammlung aller Abteilungsvorstände der Hauptabteilung Gesundheitswesen der Gewerkschaft ÖTV West-Berlin beschlossen wurde.

⁵ Vgl. meine »Notizen über einen aktuellen Gebrauch der Begriffe »Wissenschaft«, und »Ideologie«, in: *Das Argument* 66, 13. Jg., 1971, H. 6/7, 439ff; ferner W.F.Haug, »Die Kampagne um das Zentralinstitut für Soziale Medizin vor dem Hintergrund eines neuen

einmal die negativen Reizwörter aneinandergereiht, wurden Verdächtigungen reichlich verstreut und wirksam paranoide Verschwörungsromane verfasst. Als im Abgeordnetenhaus von West-Berlin der Senator für Wissenschaft und Kunst auf eine Frage der CDU hin klargestellt hatte, dass zwar die Besetzung der Berufungslisten von mancher Seite bedauert würde, dass aber nicht davon die Rede sein könne, dass das Berufungsverfahren inkorrekt gewesen sei, erhob sich die Sprecherin der CDU und sprach, als hätte Karl Kraus ihr die Worte diktiert, um die Verlogenheit einer manipulierten »Öffentlichkeit« zu parodieren: »Herr Senator Stein! Wenn in der Öffentlichkeit, unabhängig davon, was der Vizepräsident oder die Universität sagt, die Behauptung erhoben wird, das Verfahren sei nicht korrekt - und die ist noch nicht widerrufen bisher in der Öffentlichkeit -, sind Sie dann unter diesen Umständen wirklich nicht bereit, einen solchen Sachverhalt gründlich nachzuprüfen, einfach auch um des Ansehens der Universität in der Öffentlichkeit willen? (Zuruf von der CDU: Sehr richtig!)«⁶ Widerrufen sind diese Behauptungen in der Tat bis heute nicht, widerlegt dagegen waren sie schon damals. Hier wird auf selber lancierte Diffamierungen gepocht wie auf eine gutes Recht.⁷ Mit der einen Hand führt man Pressekampagnen, mit der andern stellt man Pressedokumentationen zusammen, um schließlich, erfüllt von tiefer Sorge um den guten Ruf der Universität, im Parlament als

McCarthyismus«, in: *Das Argument* 71, 14. Jg., 1972, H. 1/2; ferner: ders., »Der sexuell-politische Skandal als Instrument antidemokratischer Kampagnen«, in: *Schülerladen Rote Freiheit*, Fischer-Taschenbücherei, Frankfurt/M 1971, 389-464.

⁶ Protokoll des Abgeordnetenhauses von Berlin, 6. Wahlperiode, 02. Sitzg. v. 20. 1. 1972.

⁷ Die »Notgemeinschaft«, eine dem »Bund Freiheit der Wissenschaft« assoziierte *pressure group* an der Freien Universität Berlin, verschickte im Juli 1972 einen »Medizinerbrief«, eine Propagandaschrift, in der zum Beweis, wie ruinös die sozialdemokratische Hochschulreform für die Universität gewesen sei, die derzeit vakanten Hochschullehrerstellen aus den Bereichen der Medizin aufgezählt wurden. Die »Notgemeinschaft« hatte die Stirn, unter ihren angeblichen Beweisen auch die Vakanz am Zentralinstitut für Soziale Medizin aufzuführen, deren Besetzung sie doch selber im Verein mit anderen Rechtskräften durch eine gezielte Kampagne verhindert hatte. - Derartige Künste konservativer Demagogie verdienten es, allgemein bekannt gemacht zu werden.

Fürsprecher der öffentlichen Meinung Reden zum Fenster hinaus zu halten.

Die Kampagne schoss übers Ziel hinaus, als sie Erich Wulff und Hans Ullrich Deppe, der ebenfalls an erster Stelle einer Berufungsliste für das Zentralinstitut für Soziale Medizin platziert worden war, in ihrer Integrität als Wissenschaftler und fachlichen Qualifikation diskreditierte. Von unvermutet vielen Seiten erhob sich aus den Reihen der westdeutschen Psychiatrie Widerspruch gegen diesen Punkt. Von der Universität Gießen, an der Erich Wulff lehrt, kam eine ganze Reihe von Solidaritätsbekundungen. Der Fachschaftsvorstand Humanmedizin der Studentenschaft verwarnte sich in einer Erklärung vom 28. Januar 1972 »schärfstens gegen Versuche rechter Kräfte wie ›Der Abend‹ und ›Die Welt‹, durch Manipulation der öffentlichen Meinung und Druck auf den Berliner Wissenschaftssenator Stein kritische Ansätze im Bereich der Sozialen Medizin und die daraus folgenden dringenden Reformen auf dem Gebiet des Gesundheitswesens zu unterdrücken.« Die wissenschaftliche Qualifikation, die Kollegialität und Kooperativität von Erich Wulff hob der Dekan des Gesamtfachbereichs Humanmedizin, Prof. Staudinger, in einem Schreiben an Senator Stein vom 31. 1. 1972 hervor. Auch der Direktor der Neuropsychiatrischen Klinik der Universität Gießen, Prof. Derwort, setzte sich unter demselben Datum in einem Schreiben an den Senator nachdrücklich für die Berufung von Wulff ein. — In der Folge wandten sich immer mehr wissenschaftliche Gesellschaften, Fachschaften, ganze Institute oder einzelne namhafte Gelehrte gegen die Verunglimpfung von Wulff und bezeugten sein hervorragendes wissenschaftliches Renommee. Der Bezirksvorstand der Gewerkschaft ÖTV Hessen, deren Mitglieder Wulff und H. U. Deppe sind, wehrte sich in einer Presseerklärung vom 28. 2. 1972 entschieden gegen deren Diffamierung und verurteilte »schärfstens, dass hier zwei aktiven Gewerkschaften durch Rufmord die berufliche und wissenschaftliche Weiterentwicklung versperrt

werden soll«. Der Direktor der Psychiatrischen Klinik der Universität Heidelberg, W. v. Baeyer, erklärte in einem Brief vom 25. 1. 1972 an Erich Wulff: »Sie haben in ihren Arbeiten über vergleichende transkulturelle Psychiatrie, die ja eine ausgesprochene Grundlagenwissenschaft für die praktische Sozialpsychologie darstellt, neue Wege gewiesen und in Ihren Analysen klare Rationalität und keine politischen oder sonstigen Vorurteile walten lassen. Sie haben auf dem V. Weltkongress für Psychiatrie in Mexiko-City vor kurzem einen Vortrag über Ihr spezielles Forschungsgebiet gehalten, der in diesem internationalen Forum großes Interesse und allgemeine Anerkennung fand. Der Erfolg dieses Vortrages war für mich auch insofern eine persönliche Genugtuung, als ich als damaliger Vizepräsident der Psychiatrischen Weltorganisation dafür gesorgt hatte, dass Sie zu diesem Vortrag aufgefordert wurden.« An der Freien Universität Berlin verlangten immer mehr Versammlungen und Gremien — so etwa am 21. 1. 1972 die Ständige Kommission für Lehre und Studium und am selben Tag die Gemeinsame Ausbildungskommission der Medizinischen Fachbereiche — in Resolutionen die Berufung Wulffs und der anderen drei erstplatzierten Kandidaten für das Zentralinstitut. - Auf Seiten derer, die die Hetzkampagne betrieben, wurde man nervös und lancierte unter Pseudonym in der sozialliberalen Frankfurter Rundschau einen gezielten Versuch zur Einschüchterung liberaler Wissenschaftler, indem man unterstellte, wer immer eine Resolution unterzeichne, sei, ohne es zu merken, von den Kommunisten gesteuert. »Erst wenn«, schloss der pseudonyme Autor seine düsteren Andeutungen, »die Massierung all der unscheinbaren Resolutionen klar und die »Meisterhand im Hintergrund, sichtbar wird, erkennt der Liberale seine politische Funktion«. — Es ist, wie bekanntlich schon die Römer wussten, gelegentlich schwer, keine Satire zu schreiben. Drei Wochen später wurde in einer Rias-Sendung vermutlich von demselben Herrn die »Meisterhand im

Hintergrund« noch hintergründiger benannt. Es waren nicht mehr die Kommunisten die Drahtzieher, sondern die waren selber die Gezogenen. »Es kann keine Frage geben, dass der *Argument-Kreis* die Politik der Marxisten bisher fast allein bestimmt hat. [...] Es ist offensichtlich, dass auch jetzt das *Argument* die Politik der der Sozialistischen Einheitspartei West-Berlins nahestehenden Gruppen bestimmt. Immer klarer wird«, schloss der hellseherische Dunkelmann, »wer hier wessen Politik und in wessen Interesse macht.« Und in der Tat wurde dies im Fortgang der Kampagne immer klarer.

Der Versuch, wissenschaftlichen Rufmord an Erich Wulff zu verüben, war gescheitert. Die es versucht hatten, kontrollieren entscheidende Machtmittel — nicht zuletzt die Massenkommunikationsmittel und über deren Einfluss und über andere Wege weitgehend den Staatsapparat —; aber mit dem Widerstand der Wissenschaftler hatten sie wohl nicht gerechnet. So beeindruckend dieser Widerstand aus den Reihen der Psychiatrie war, so zweideutig erscheint doch sein Erfolg. Nach all diesen Bekundungen war es zwar nicht mehr ohne weiteres möglich, Erich Wulff offen abzulehnen. Seine wissenschaftliche Qualifikation konnte nicht mehr angefochten werden. Andererseits war, wie die CDU-Sprecherin sagen könnte, keine Diffamierung »öffentlich widerrufen« worden. Schließlich hatte sich ja auch längst abgezeichnet, dass, wie es einige Monate später in der Frankfurter Rundschau hieß, »die angebliche linksextremistische Unterwanderung der Hochschulen und die Gesamtsituation der Universitäten ein »zentrales Wahlkampfthema« der Unionsparteien« werden würde.⁸ — Erich Wulff konnte also weder berufen noch nicht berufen werden. Am 13. März 1972 fasste der Ausschuss

⁸ *Frankfurter Rundschau* v. 25. 8. 1972. Der CDU-Bildungspolitiker Dr. med. B. Martin, MDB, der diese Ankündigung vor der Presse machte und übrigens in Gießen als Oberarzt des Psychiatrischen Krankenhauses des Landeswohlfahrtsverbandes angestellt war, »vertrat die Ansicht, lediglich die Medizinischen Fakultäten seien, von der Psychiatrie abgesehen, noch »voll leistungsfähig.« Die Psychiatrie wird also von dieser Seite bereits den »politisch unzuverlässigen« Bereichen der Universität zugerechnet.

des Kuratoriums der FU auf Vorschlag eines Vertreters des Wissenschaftssenators folgenden Beschluss: »Der Ausschuss des Kuratoriums [...] hält die bisherige Entwicklung des Zentralinstituts für Soziale Medizin für nicht zufriedenstellend. Es muss daher geprüft werden, ob es sinnvoll ist, das Zentralinstitut für Soziale Medizin [...] aufzulösen und die vorhandenen Stellen ausschließlich einem medizinischen Fachbereich zuzuweisen«.

In dieser Situation richtete der Leiter der Abteilung für experimentelle Psychopathologie der Psychiatrischen Klinik der Universität Heidelberg, Prof. Tellenbach, am 26. 4. 1972 folgende Stellungnahme an den zuständigen Senator: »Die Publikationen von Herrn Wulff zeichnen sich durch eine Gediegenheit aus, die man heute im psychiatrischen Schrifttum selten antrifft. Es gibt wirklich wenige, die von einem so offenen, philosophisch glänzend fundierten Horizont ausgehen, [...] sein »Psychiatrischer Bericht aus Vietnam« ist das Beste und Umfassendste an transkultureller Psychiatrie, das sich denken lässt. Es kann keine Rede davon sein, dass hier nur oder auch nur führend marxistische oder marxologische Gesichtspunkte leitend gewesen wären. Man findet hier einen Methodenpluralismus am Werk, der von der Daseinsanalytik Heideggers und ihren Manifestationen in den anthropologischen psychiatrischen Schulen über die Psychoanalyse bis zur klinischen Psychopathologie wirklich einen glänzenden Beitrag ermöglicht hat. Man lese z. B. auch die Besprechung des großen Werkes von Maurice Merleau-Ponty, *Phénoménologie de la perception*, aus dem *Philosophischen Jahrbuch*, um die ganze Weite und Fülle dessen zu erkennen, was Wulff in ein sozialpsychiatrisches Engagement einbringen kann. Seine politische Haltung teile ich selbst nicht, von der ich weiß, dass sie dem Marxismus sehr nahesteht. Ich muss aber gestehen, dass ich mir für die unverzichtbare Diskussion mit marxologischen Standpunkten im Rahmen der Sozialpsychiatrie keinen besseren und für die Tradition aufgeschlosseneren Partner wünschen kann als Herrn Wulff. Zu

einer solchen Feststellung bin ich um so mehr berechtigt, als ich mit ihm in den letzten Jahren eine wissenschaftliche Kontroverse auszufechten hatte, die mir sehr wohl erlaubt hat, seinen Stil der Auseinandersetzung mit einem weltanschaulich anders Orientierten beurteilen zu können.« — Der klassische bürgerliche Wissenschaftler ist so selten geworden, dass man ihn manchmal für ausgestorben halten mochte. Die vom Gerangel um Macht und Privileg unangefochtene, aufrechte Stellungnahme Tellenbachs zeigt, dass jene Gestalt sehr wohl mehr sein kann als ein Mythos. Freilich konnte auch ein so glänzendes Zeugnis nichts an der Nichtberufung Wulffs ändern. Das Zentralinstitut für Soziale Medizin blieb weiterhin zu einer gespenstischen Existenz zwischen Tod und Leben verurteilt.

Im Sommersemester desselben Jahres wurde Erich Wulff von einer ungewöhnlich stark besetzten⁹ Berufungskommission nach dem Hannoveraner Psychiater Prof. K. P. Kisker auf eine heidelberger Berufungsliste gesetzt. ES ging um den Nachfolger für W. v. Baeyer auf dem berühmtesten Psychiatrie-Lehrstuhl der Bundesrepublik. Einer der überstimmten Hochschullehrer vom »Bund Freiheit der Wissenschaft« verteilte eine Stellungnahme, worin er erklärte, dass er »eine Vorschlags liste, die die Herren Kisker und Wulff enthält, für die weitere Entwicklung des Faches Psychiatrie für äußerst gefährlich halte. Man wird bei beiden Herren eine Politisierung und ideologische Ausrichtung der Psychiatrie nicht ausschließen können.« Dem Einwirken einer wahren Maffia vom »Bund Freiheit der Wissenschaft« gelang es, die Liste wieder kassieren zu lassen. Die Fakultät beschloss eine völlig anderslautende Liste. In einer Presseerklärung stellte der Psychiater Helmut Kretz, Mitglied der Berufungskommission und des Großen Senats der

⁹ Laut *Frankfurter Rundschau*, vom 31. 8. 1972 hatte diese Berufungskommission 36 Mitglieder; in einem »Sonder-Info Psychiatrie-Berufung« der Fachschaft Medizin Heidelberg vom 18. 5. 1972 war sogar von 47 Mitgliedern die Rede. Normalerweise haben solche Kommissionen ca. 10 Mitglieder. - Schon dieser starke Andrang deutet auf eine konfliktgeladene Situation hin.

Universität Heidelberg, dazu fest: »Es ist für Außenseiter unvorstellbar, mit welchen Mitteln liberale Hochschullehrer bekämpft werden.« H. Kretz weigerte sich, weiterhin in einer als Alibi vorgeschobenen Kommission mitzuarbeiten, »deren in monatelanger Arbeit aufgestellte Berufungsliste von einer Fakultät, in der - nebenbei gesagt – Kieferorthopäden, Kieferchirurgen, Otologen, Ophthalmologen, Dermatologen usw. gegenüber den in Fragen der psychologischen Medizin Kompetenten die Mehrheit haben, einfach vom Tisch gefegt wird. Wenn sich Bewerber um einen Lehrstuhl einfach deshalb, weil sie überall selbstverständliche Reformen im Rahmen der Psychiatrie anstreben, schon gewissermaßen verdächtig machen und dann ungestraft diffamiert und diskreditiert werden können, werden Universitätsmitglieder, die sich selbst nicht mitschuldig machen wollen, solchen Gremien nur den Rücken zuwenden können.«

Hatten sich die Fachkollegen Erich Wulffs *trotz* seines politischen Engagements und *trotz* der politischen und gesellschaftlichen Relevanz der Inhalte und Ergebnisse seiner wissenschaftlichen Arbeiten für ihn eingesetzt, so war es anders bei den Studentenschaften und einer wachsenden Zahl von jungen Ärzten. Die Flugblätter der Heidelberger »Projektgruppe Medizin«, die sich zu Fragen der Besetzung des Psychiatrischen Lehrstuhls äußerten, lobten Erich Wulff auf eine Weise, die Brecht gefallen hätte: Sie benützten seine Erkenntnisse. Auch Flugblätter, die mit seinem Fall unmittelbar nichts zu schaffen haben, zitieren immer wieder seine Aufsätze aus dem *Argument*. Die Studenten setzen sich für Wulff also nicht *trotz*, sondern *wegen* der Inhalte seiner Arbeit ein. »Wulff stellt in seinen Arbeiten«, heißt es in einem der Flugblätter, »gerade *den* Bezug zwischen psychiatrischen Erkrankungen und deren sozialer Basis her, gegen den die herrschende Psychiatrie sich mit Händen und Füßen wehrt.«